COLL.

# Bemerkungen

des

# Ehrb. Lyman Trumbull

## von Illinois,

über die Einnahme der Arsenale in Harper's Ferry, Va., und in Liberty, Mo., sowie Rechtfertigung der republikanischen Partei und ihrer Grundsätze als Erwiederung gegen die Senatoren Chesnut, Mulee, Saulsbury, Clay und Pugh.

### Die Debatte fand Statt im Senate am 6. 7. und 8. Dezember 1859.

Dezember 6. 1859.

Herr Mason von Virginien stellte im Senate den Antrag:

„Man solle ein Committee ernennen, um den Thatbestand zu ermitteln, wornach das Ver Staaten-Zeughaus in Harper's Ferry in Virginien von einem Trupp bewaffneter Männer angegriffen und besetzt ward."

Herr Trumbull brachte hiezu ein Amendment ein:

„Genanntes Committee solle seine Thätigkeit dahin ausdehnen, den Thatbestand zu ermitteln, der die im Dezember 1855 Statt gefundene Einnahme und Plünderung des Zeughauses in Liberty im Staate Missouri begleitete."

Während die Berathung über den vorausgehenden Antrag im Gange war, sprach Herr Trumbull folgender Maßen:

Was den Antrag des Senator von Virginien betrifft, so will ich bemerken, daß ihm meine Unterstützung gewiß ist. Wenn außer den 22 Personen, deren Namen allgemein bekannt sind, noch Andere in irgend einer Weise in den Vorfällen bei Harper's Ferry betheiligt sind, so sollen sie nur vor die Oeffentlichkeit kommen und für ihre Handlungsweise verantwortlich sein.

Ich hoffe, daß diese Untersuchung sehr gründlich sein wird. Sie wird viel Gutes wirken, besonders in jenem Theile der Union, wo die öffentliche Meinung mit diesen Ausbrüchen in Harper's Ferry eine bedeutende Anzahl von Personen in allen Theilen der Union in Verbindung glaubt. Niemand, der die Constitution und die Regierung aufrecht halten und die menschliche Gesellschaft nicht in ihre rohsten Elemente auflösen will, kann eine solche Handlungsweise rechtfertigen. Mögen auch noch so verschiedene Uebelstände in einem Staatskörper existren, so darf sich doch kein einzelnes Individuum oder unter mehr denn 20 Millionen Menschen eine Anzahl von zwanzigen unterfangen, auf ihre Weise und gegen die Landesgesetze diese Uebelstände zu verbessern; sonst gäbe es keine Regierung in der Welt, die auch nur einen Tag dauern könnte. Ueberhaupt kommt es mir vor, daß solche Leute, welche sich berechtigt glauben, Uebelstände, wo und wie sie auch existiren, zu bekämpfen, vollständig vergessen, daß dasselbe Recht, das sie beanspruchen, auch jedem Andern zukömmt. Jede Regierung, selbst die Beste, muß mehr oder weniger die persönlichen Rechte des Einzelnen beeinträchtigen, und in diesem Sinne kann man wohl ein solches Verfahren einen Uebelstand nennen. Sollen wir aber deßhalb jede Regierung umstürzen, und an die Stelle von constitutioneller Freiheit einen Zustand von Anarchie setzen, wo Jedermann berechtigt ist, seinen Leidenschaften und Vorurtheilen zu folgen und wo der körperlich Schwache sich nicht vor den Eingriffen des Starken schützen kann. So lange wir nicht gewillt sind, einen solchen Zustand der Dinge einzuführen—so lange kann Niemand die Ereignisse bei Harper's Ferry rechtfertigen.

Bezüglich des verblendeten Mannes, der den Aufstand leitete, habe ich Nichts zu sagen. Er hat sein Verbrechen gegen die Landesgesetze am Galgen gesühnt und steht jetzt vor jenem Richter, der nicht irren kann, um für seine Fehler oder Tugenden Rechenschaft abzulegen.

Das Amendment, welches ich in Vorschlag zu bringen habe, trägt auf die Untersuchung eines ähnlichen Vorganges an, der im Staate Missouri sich zutrug.

Die Regierung der Ver. Staaten hatte ein

Zeughaus in der Stadt Liberty in Missouri und Capitän Leonard hatte die Aufsicht davon. Im Dezember 1855—alle Thatsachen, die ich hier anführe, stützen sich auf amtliche Berichte—sagte Capitän Leonard aus, daß ein Richter, Namens Thomson, und noch viele Andere vor dem Zeughause erschienen, ihn überwältigten und einsperrten; dann die Magazine aufbrachen, sich mit Kanonen, Pistolen, Pulver und Blei versahen und sich fortmachten. Hierauf fielen diese Leute in ein friedliches Territorium ein; und zwar marschirten nicht 22 Personen, sondern mehr als 1000 in das angrenzende Territorium, versehen mit Waffen, die sie gewaltsam aus einem Zeughause der Ver. Staaten genommen, mit dem Vorsatz, dieses Territorium in einen Sklavenstaat umzuschaffen. Es ist festgestellt, daß sich geheime Gesellschaften gebildet hatten, die sich von Missouri nach verschiedenen Staaten und darunter nach Virginien verzweigten, deren Absicht war, Sklaverei mit Gewalt in Kansas einzuführen; und um ihr Ziel zu erreichen, bemächtigten sich diese Leute der Waffen und Munition der Regierung. Capitän Leonard sagte eidlich aus:

„Die Leute nahmen Waffen, sprengten die Thore auf, nahmen 3 Sechspfünder, Pistolen, Pulver, Kugeln 2c, soviel sie nur wollten. Sechs oder 8 Tage nachher wurden die Gewehre zurückgestellt. Man brachte sie zu Hr. Col. Allen, ungefähr dreiviertel Meilen vom Zeughaus entfernt. Inzwischen hatte ich den Vorgang an Col. Summer berichtet und dieser sandte eine Abtheilung Dragoner hieher. Die Leute ließen mich fragen, ob ich die Waffen in Empfang nähme; ich bedeutete ihnen, daß ich keinen Auftrag dazu hätte und verwies sie an Capitän Bell. An ihn wurden sie dann abgeliefert. Unter den genommenen Gegenständen befanden sich Pferdegeschirre für die Artillerie, ich weiß aber nicht wie viele. Es gingen auch Säbel und Pistolen ab und die Bürger von Missouri haben die fehlenden Gegenstände nie wieder ersetzt; sondern Col. Craig, der Vorstand des betreffenden Departments in Washington, ertheilte mir die Anweisung, diese Artikel in der Nachbarschaft anzukaufen. Ich that es; jedoch, was an Säbeln, Pistolen und Rifles fehlte, konnte ich nicht ergänzen. Gleich nach dieser Plünderung berichtete ich die Umstände an Craig in Washington und spezifizierte die Anzahl der verschiedenen Artikel. Im Laufe des Winters erhielt ich von ihm den Befehl, das Staatseigenthum nach Fort Leavenworth und nach dem Zeughaus in St. Louis zu verschiffen, zugleich gab er mir den Betrag an, den man nach jedem dieser Plätze bringen sollte. Ich that es, sobald die Schifffahrt offen war." (Bericht des Hauses Nr. 200, 34ter Congreß erste Sitzung Seite 1120-31.

Es ist klar, daß das Zeughaus in Liberty erbrochen wurde, und was an Waffen übrig blieb nach anderen militärischen Stationen geschafft ward. Der Einbruch in's Zeughaus in Liberty und in das in Harper's Ferry haben eine entschiedene Aehnlichkeit. Die Sklavenfrage spielte in beiden Fällen eine Rolle. In Missouri geschah ein solcher Einbruch, um Waffen zu bekommen, mit denen man Kansas die Sklaverei aufzwingen wollte; in Harper's Ferry, um die Sklaverei aus Virginien zu vertreiben. Beide Vorgänge sind nicht zu rechtfertigen und beide verdienen untersucht zu werden. Der letztere Verfall hätte vielleicht nie Statt gefunden, wenn man eine Untersuchung angestellt und geeignete Maßregeln getroffen hätte, als der Hülfruf von Kansas ertönte und seine Bürger mit den Waffen gemordet wurden, die man von diesem Zeughause genommen hatte. Die Beschwerden, die man damals erhob, wurden als der „Nothschrei des blutenden Kansas" behandelt und ihnen kein Gehör geschenkt. Ich hoffe, daß sie nun ein bereitwilligeres Gehör finden mögen. Ja, da man auf den Nothschrei Virginiens hört, so hege ich das Vertrauen, daß man sich auch gegen den von Kansas nicht verschließt. Ich bin Willens, beiden gleiche Theilnahme zu schenken. Wie ich wünsche, daß die Untersuchung hinsichtlich Harper's Ferry unparteiisch und gründlich sein möge, und daß jeder, der an diesen ungesetzlichen Vorgängen betheiligt ist, dafür verantwortlich sein solle, so möge nur dasselbe Verfahren ebenso gut hinsichtlich des Einfalles in das Zeughaus in Missouri beobachtet werden.

---

Dezember 7. 1859.

Herr Pugh von Ohio ersucht Herrn Trumbull sein Amendment zurückzunehmen, worauf Herr Trumbull erwiederte:

Nach den Bemerkungen, besonders des Senators Chesnut, daß im Verlauf dieser Untersuchung Thatsachen ans Licht kommen dürften, welche den Aufstand in Harper's Ferry als bei den Republikanern veranlaßt nachweisen, und nach den Aeußerungen der Senatoren von Virginien zu schließen, daß man durch eine solche Untersuchung hauptsächlich die öffentliche Meinung des Nordens kennen lernen wolle, muß es mich überraschen, daß man mir zumuthet, mein Amendment zurückzunehmen, das doch auch darauf hinauslaüft, die Gesinnung des Südens an den Tag zu bringen.

Was mich zu diesem Amendment veranlaßt, ist die Ueberzeugung, daß der Ausbruch in Harper's Ferry nicht in den Lehren noch in der Handlungsweise der republikanischen Partei seinen Grund hat, wie der Senator von Süd-Carolina vermuthet, sondern in den Grundsätzen der Partei, zu der er selbst gehört. Dadurch nämlich, daß die demokratische Partei die Plünderung des Zeughauses in Missouri stets vertheidigte, ja sogar die Leute, die solches thaten, mit Aemtern belohnte, gab sie, die, während sie zu dieser Zeit die Regierung in der Hand hatte, Ver. Staatentruppen nach Kansas schickte, um Männer in Gefangenschaft zu setzen, welchen man erdichtete Beschuldigungen von Verrath zur Last legte, auf diese Weise dem Lande ein Beispiel, das zu einer Erbitterung führte, die in John Brown zu förmlichem Wahnsinn ausartete.

Man will ferner wissen, warum ich nicht bereits vor fünf Jahren eine Untersuchung verlangte. Vor Allem fand der Vorfall erst vor 4 Jahren Statt. Und was würde es dann auch gefruchtet haben, wenn ich im Senate auf ein Untersuchungs-Committee angetragen hätte? Denkt denn der Senator von Süd-Carolina, daß der Senat und das ganze Land vergessen hat, welche geringe Aufmerksamkeit man Allem schenkte, das auf Kansas Bezug hatte? Man hätte damals über einen Vorschlag zu diesem Zwecke bloß gespottet. Ich machte dazumal mehrere Anträge, die den unglücklichen Zuständen in Kansas abhelfen sollten; jedoch keiner davon erhielt die Bestätigung des Senates. Ich beantragte einen Widerruf der Gesetze, welche Kansas seiner Redefreiheit beraubten—Gesetze, welche einen Mann zu jahrelanger Haft verurtheilten, der sich mit der Behauptung herauswagte, daß Sklaverei in dem Territorium von Kansas keine gesetzliche Existenz hätte. Alle diese Anträge von mir fielen durch.

Aber gegenwärtig herrscht eine ganz andere

Stimmung. Ein zweites Zeughaus hat man mit Gewalt genommen, und zwar mit dem Unterschiede, daß—so viel ich weiß—die Waffen der Regierung bei Harper's Ferry von den Aufrührern nicht zu ihrem eigenen Gebrauch verwendet wurden, während man in Missouri dieselben fortschleppte, einen Theil davon nie mehr ersetzte, sondern den Offizier, der die Aufsicht darüber hatte, beorderte, neue zu kaufen.

Ich halte diese beiden Fälle für einander vollkommen ähnlich und einer sollte so gut als der andere untersucht werden. Die Einnahme des Zeughauses in Liberty war nicht weniger eine unverantwortliche Handlung, wie die in Harper's Ferry. Nur besorge ich, daß, während Eigenthum im Werthe von Hunderten von Dollars in Harper's Ferry zerstört wurde, eben so viele Tausende bei dem Vorfalle in Liberty zu Grunde gingen. Ich besorge ferner, daß, während bei Harper's Ferry blos e i n Mann sein Leben einbüßte, in Liberty und bei den darauf folgenden Ereignissen das Leben von Vielen geopfert ward. Ja, mit denselben Waffen, die man von dem Zeughaus in Liberty beschaffte, hat man Lawrence in Belagerungszustand gesetzt. Die Armee, welche vor Wakarusa kampirte, war mit Waffen von dem Ver. Staaten Zeughaus ausgerüstet.

Und nun möchte ich auf einige Aeußerungen des Senators von Süd-Carolina entgegenen. Er sagt nämlich, daß er bloß beanspruche, was dem Süden als sein Recht zukömmt, nämlich Sklaven in die gemeinsamen Territorien der Ver. Staaten mithinzubringen. Aber der Süden hat kein solches Recht. Wir stellen die Gleichberechtigung der Sklavenstaaten mit den andern durchaus nicht in Abrede. Aber was in der Welt hat dann eigentlich die Einführung von Sklaverei in die Territorien mit den Rechten eines Staates, sei es im Norden oder Süden, zu schaffen? Hat ein Staat als solcher das Recht, Sklaven in die Territorien zu bringen? Nimmermehr. Der äußerste Anspruch, der sich machen läßt, ist der, daß es Personen, die in verschiedenen Staaten der Union wohnen, erlaubt sein soll, ihr Eigenthum, falls dasselbe in Sklaven bestünde, mit sich in die Territorien zu nehmen. Das ist aber doch kein Recht, das ein Staat verleihen kann, sondern ein persönliches Recht, wenn es überhaupt ein solches gibt. Wir sind durchaus gegen jede Beschränkung der Rechte des Senators von Süd-Carolina oder seiner Wähler. Wenn Er keinen Sklaven in das Territorium von Kansas mitnehmen darf, so ist es m i r ebenso wenig gestattet. Wenn die Bürger von Süd-Carolina keine Sklaverei in dem genannten Territorium einführen können, so dürfen es ebensowenig die Bürger von Illinois thun. Die Rechte eines jeden Staates sind genau dieselben.

Und doch droht der Süden mit einer Auflösung der Union auf die Beschuldigung hin, daß der Norden seine Rechte verkümmere. Hat man denn wirklich die Geschichte unseres Landes so ganz vergessen? Wie kommt es doch, daß, sobald sich unsere Regierung bildete, einer ihrer ersten Erlasse der war, daß Sklaverei sich nicht in die Territorien ausbreiten solle, welche zu den Ver. Staaten gehören? Ist es denkbar, daß die Männer, welche unsere Regierungsform in's Dasein riefen, in dem allerersten Congresse, in dem sie zusammentraten, ein Gesetz gegeben hätten so ungerecht gegen einzelne Staaten der Union, daß eine künftige Auflösung des Staatenbundes dadurch gerechtfertigt erschiene? Wie kommt es doch, daß Süd-Carolina selbst, das damals noch ein Territorium war, sich damit einverstanden erklärte, die Sklaverei aus dem Staate auszuschließen.

Wir lebten unter dieser Politik eine geraume Zeit; der große Nordwesten wurde unter dieser Politik angesiedelt, nämlich Sklaverei von den Territorien auszuschließen, und sonderbar weder Süd-Carolina noch Virginien fanden aus, daß sie nicht als gleichberechtigt mit den andern Staaten der Union behandelt worden waren? Ja in 1848, wo ein Mann vom Süden Präsident der Ver. Staaten war, schloß Congreß durch einen eigenen Erlaß Sklaverei von Oregon aus. Wie kann man dann also sagen, daß der Ausschluß der Sklaverei von einem Territorium ein Akt der Ungerechtigkeit gegen irgend einen Staat dieser Union sei? Will der Senator von Süd-Carolina gegen seine Vorfahren sich ein Unrecht zu Schulden kommen lassen, wenn er glaubt, die letzteren hätten sich Unehre und Schmach, wie er es nennt, gefallen lassen, indem man ihnen ihren Antheil an den gemeinschaftlichen Territorien dieses Landes verenthielt? Nein: es war nicht ein Schimpf für sie, zu solchen Beschlüssen ihre Zustimmung zu geben, sondern es waren wohlweise Zwecke, die sie dabei im Auge hatten. Die Gründer unser Constitution waren Männer, die zu ihrer Zeit schon das Institut der Sklaverei als einen Krebsschaden des Landes ansahen. Sie fanden aber Sklaverei einmal vor, und hatten keine Mittel in der Hand, derselben augenblicklich los zu werden. Sie wollten sie auch nicht auf einmal abschaffen. So räumten sie zwar der Ver. Staatenregierung nicht das Recht ein, ihr in den einzelnen Staaten entgegen zu treten, sondern nur ihre Ausbreitung zu verhindern. Sie ergriffen unmittelbar nach der Organisirung der Regierung Maßregeln, Sklaverei aus irgend einem Theile eines Territoriums, das zu den Ver. Staaten gehörte, ferne zu halten. Ich weiß gut genug, daß Sklaverei in Tennessee, Mississippi, und einigen anderen Staaten Eingang fand, aber solches geschah im Trotze gegen die Regierungsvorschriften. Die Territorien, welche genannte Staaten bildeten, wurden auf die Bedingung hin an die Ver. Staaten abgetreten, daß man Sklaverei darin existiren lassen solle; bloß das Territorium nordwestlich vom Flusse Ohio trat ohne eine solche Bedingung in die Union ein, und Congreß mit der Zustimmung des Südens schloß ohne Weiteres Sklaverei aus diesem Territorium aus. Ja, der Süden selbst stellte den Antrag dazu, und jener große Staatsmann Amerika's, der zugleich ein Mann vom Süden war, ist der Verfasser der Verordnung, welche Sklaverei von dem nordwestlichen Territorium ausschloß.

Es war meine Absicht bis jetzt, nachzuweisen, daß es dem Norden durchaus nicht einfällt, den Süden nicht als gleichberechtigt mit sich anzuerkennen.

Ich möchte nun weiter gehen und an den Senator von Süd-Carolina und seine Glaubens-

genossen die Frage stellen, was denn eigentlich mit den Beschlüssen gemeint sei, die man in den südlichen Staaten angenommen, und wie man die Reden zu deuten habe, die hervorragende Männer im Süden hielten, nämlich, daß im Falle der gesetzmäßigen Erwählung eines gewissen Mannes oder eines Republikaners zum Präsidenten der Süden sich von der Union trennen würde. Heißt das etwas Anderes als uns nicht gleiche Rechte mit ihnen selbst einzuräumen? Der Süden tritt hier im Senate mit der Anklage auf, daß der Norden Unrecht gegen ihn handle. Und doch sagt er zu gleicher Zeit „obgleich wir uns zu einem gemeinsamen Staatenverbande mit dem Norden vereinigt haben, wobei wir übereinkamen, daß das Staatsoberhaupt in einer besonderen Weise durch eine Majorität, wie sie in der Constitution festgesetzt ist, erwählt werden solle, so werden wir doch, wenn ihr einen Mann auf diese Weise erwählt, der Regierung den Garaus machen." Heißt das nicht mit anderen Worten „wir sind die Herren und eure Majorität muß sich den Diktaten der Minorität fügen?"

Herr Chesnut. Wünscht der Herr Senator jetzt gleich eine Antwort?

Herr Trumbull. Jawohl, mein Herr.

Herr Chesnut. Die angeführten Äußerungen des Südens laufen durchaus nicht darauf hinaus, als ob der Norden unter ihm stünde. Sie wurden lediglich veranlaßt durch eine unzweideutige und offene Proclamation von Prinzipien, die die Constitution, so wie die Rechte und Gleichheit der einzelnen Staaten umstürzen. Man hat sie uns bereits vor der Zeit vors Gesicht gehalten, mit den Worten: „das ist unser Programm; das ist der Gang, den wir in unserer Handlungsweise einschlagen werden, und wir setzen Euch im Voraus davon in Kenntniß." Und was ist denn der Inhalt dieses Programms? Worin liegt der „ununterdrückbare Conflict?" Denkt der Senator, daß der wohlbekannte Führer der republikanischen Partei bei der Erklärung, daß die Weizen- und Kornfelder von Massachusetts und New-York schließlich durch Sklavenarbeit bestellt werden sollten, wirklich etwas der Art im Sinne hatte; daß er auch nur einen Augenblick dies als das Resultat dieses „ununterdrückbaren Conflictes" voraussetzte? Nimmermehr; sondern er meinte, daß die Zuckerplantagen von Louisiana und die Reis- und Baumwollenpflanzungen von Süd-Carolina durch freie und nur durch freie Arbeit bestellt werden sollen. Und das ist eine Kriegserklärung. Sie läuft den Rechten zuwider, die durch Vertrag und die Constitution des Landes seinen Bürgern gesichert wurden; und man hat uns im Voraus gewarnt. Mag die Wahl eines Präsidenten auch ganz nach den gesetzlichen Formen der Constitution vor sich gehen, wornach der Majorität das Recht der Erwählung zusteht und mag die Wahl demnach gültig sein, so erklärt dennoch der Süden, eher als daß er sich einem solchen vorausbestimmten Schicksale unterwirft, gleich von vornherein, daß es ihm nie einfällt, so etwas über sich ergehen zu lassen. Jene republikanische Proclamation ist eine Schmachschrift gegen den Süden, und darauf hin erließ der letztere eine Gegenproclamation, ohne damit jedoch sagen zu wollen, daß der Norden ihm gegenüber eine untergeordnete Stellung einzunehmen habe. Nein — der Süden hat es nicht mit einzelnen Männern oder einer Partei oder mit einzelnen Staaten zu thun; er zieht gegen das Princip zu Felde, das auf seine Unterjochung hinarbeitet, das sich in den Worten ausdrückt: „Gebt uns nur die Zügel der Gewalt in unsere Hände und ihr sollt zu unseren Füßen liegen; was ihr besitzt, wollen wir von euch nehmen, und zwar friedlich, wenn ihr euch gutwillig darin ergebt, und mit Gewalt, wenn ihr euch weigert. Wir wollen euch dem Machtspruche dieser Bundesregierung und der Herrschaft einer Partei unterthänig erhalten, deren Grundsätze (in den Augen des Südens) der Constitution zuwiderlaufen."

Herr Trumbull. Es sind gerade solche Reden, wie die gegenwärtige des Senators von Süd-Carolina, wodurch der Süden irre geführt wird. Sie beruhen auf einem Mißverständniß der republikanischen Grundsätze im Norden. Der Norden beabsichtigt keinen Eingriff in die Rechte des Südens. Die republikanische Partei hat ihre Grundsätze der Welt bekannt gemacht, und bloß falsche Auslegungen und Entstellungen ihrer Ansichten durch die sogenannte Demokratie des Nordens haben ein solches Vorurtheil gegen dieselbe im Süden erzeugt. Diese demokratische Partei nämlich nennt jeden, der nicht zu ihrer Fahne schwört, einen Abolitionisten.

Ich war ein Demokrat von jeher; unterstützte die Maßregeln der Demokratie und ihre Vertreter zu einer Zeit, wo dieselbe von der Whig-Partei in verschiedenen Finanzfragen abwich. Ich war einer von denen, der sich mit den Maßregeln von 1850 und der daraus hervorgegangenen Vergleichung einverstanden bekannte. Mit Befriedigung hörte ich die Erklärung von Fränklin Pierce in seiner ersten Botschaft an den Senat, daß während seiner Verwaltung der Vergleich von 1850 keinen Stoß erleiden solle, soweit er ihn abwenden könne. Mit Freuden begrüßte ich die Kansas-Nebraskabill, von dem Committeeberichte begleitet, der den Widerruf des Missouri-Vergleiches als einen Abfall von den Maßregeln von 1850 bezeichnete. Man erklärte, daß die Vergleichsmaßregeln von 1850 dem Lande den Frieden gebracht hätten; daß die Sklavereifrage fortan für immer aus den Congreßsälen verbannt und unter keinem Vorwande daselbst angeregt werden sollte.

Ich dachte mir in meiner Einfalt, daß es mit solchen Erklärungen auch wirklich Ernst wäre, und wie denn in 1854 der Vorschlag auftauchte, den Missouri-Vergleich zu widerrufen und Kansas der Sklaverei zu öffnen, und überdies diese Maßregel von der Demokratie zu ihren Probirsteine erhoben wurde, da verweigerte ich meine Mitwirkung für die Zwecke einer solchen Partei. Und dazumal traf es sich, daß die demokratische und Whigpartei sich auflösten. Während sich nun verschiedene Parteien hinsichtlich dieser neuen Frage über den Widerruf des Missouri-Vergleiches und der Einführung der Sklave ei in Kansas bildeten, vereinte ich mich mit jener Partei, die gegen einen solchen Widerruf war, und sich an die Beschlüsse festhielt, worüber alle Parteien 4 Jahre zuvor einig waren; ja es war bloß 2 Jahre zuvor, wo man die betreffenden

Candidaten für den Präsidentenstuhl erwählte. Die Partei, die sich gegenwärtig die Demokratische nennt, als eine Nachfolgerin der alten Demokratie zu bezeichnen, ist ein Irrthum. Geradeso gut könnte man die republikanische Partei mit einem solchen Namen bezeichnen. Bei der Anwendung des Wortes „Demokratisch" in dem Sinne, wie es heut zu Tage geschieht, scheint man ganz vergessen zu haben, daß eine Majorität der Mitglieder des Hauses von den demokratischen Staaten des Nordens gegen den Widerruf des Missouri-Vergleiches stimmten, und daß derselbe bloß von einer Minorität der demokratischen Repräsentanten des Nordens im Vereine mit fast der ganzen südlichen Repräsentation beider Parteien unterstützt ward.

Wenn der Senator von Süd-Carolina unter den Ansichten der republikanischen Partei diejenigen versteht, die er dafür ausgibt, so befindet er sich im großen Irrthum. Obgleich dieselben schon hundert Male wiederholt wurden, so wollte ich doch, ich könnte sie so laut wiederholen, daß Jedermann im Süden es hören könnte. Ich würde einem Jeden von dem Golfe an bis zum Potomac zurufen, die Republikaner stellen sich in dieser Sklavereifrage auf ganz gleichem Standpunkte mit Washington und Jefferson. Wir bekennen uns in unserer Platform zu den Principien der Constitution. Es fällt uns gar nicht ein, uns in euere innere Institutionen einzumischen. Aber, sagt der Senator, ihr schließt uns von den gemeinsamen Territorien aus. Ist das etwa ein Eingriff in die Institutionen des Südens? Galt es als ein Eingriff in 1787? Oder war es ein solcher in 1789, wo euere großen Staatsmänner selbst den Beschluß mit faßten, Sklaverei von den Territorien auszuschließen? Ihr habt es dazumal nicht so angesehen. Oder haben jene Männer dadurch wirklich Schimpf auf sich geladen? Wir glauben so gut, als ihr, daß diese Territorien gemeinschaftliches Eigenthum der Ver. Staaten sind, wir sagen Euch, daß ein Mann, der keine Sklaven eignet, ein ebenso gutes Recht hat dahin zu gehen, wie einer, der Sklaven besitzt; doch zugleich fügen wir bei, daß kein Mann die Institutionen seines Staates dahin mit sich nehmen kann, wohin er geht. Wenn er aus seinem Staate auswandert, so hört die Wirksamkeit der Localgesetze seines Staates für ihn in dem neuen unbedingt auf.

Die Constitution hat ausdrücklich dem Congreß volle Macht über die Territoren eingeräumt, und er hat dieselbe auch jeder Zeit ausgeübt. Es ist ein vollständiges Mißverständniß des Südens, sich deßhalb nicht als gleichberechtigt zu wähnen, weil man sich weigert Sklaverei in die Territorien einzulassen. Und wie verhält es sich denn eigentlich damit? Ist denn im Süden die Majorität der weißen Bevölkerung aus Sklavenhaltern gebildet? Im Gegentheil; nicht ein Mann unter zehn, höchstens einer unter zwanzig eignet Sklaven, und theilt man dieselben in Familien ab, so kommt allenfalls auf fünf Familien eine, die Sklaven besitzt. Wir halten es im Interesse unseres gemeinsamen Vaterlandes, sowie in dem der Ansiedler der Territorien gelegen, daß eine freie weiße Bevölkerung diese Territorien in Besitz nehmen solle. Was können vier Familien unter fünf für ein Interesse darin suchen, Sklaverei in Kansas oder überhaupt in ein freies Territorium einzuführen? Soll es als ein Schimpf für dieselben angesehen werden, wenn man ihnen nicht erlaubt, Sklaven in die Territorien einzuführen? Sie haben ja keine Sklaven und wollen überhaupt Nichts von Sklaverei wissen. Wie kann es denn also ein Schimpf für sie sein? Wenn es überhaupt ein Schimpf sein sollte, so trifft er eueren zwanzigsten Mann, von dem die Democratie will, daß die Gesetzgebung sein Interesse auf Kosten des übrigen neuzehn Zwanzigtels der Bevölkerung vertrete. Aber es ist auch keine Schmach für ihn, wie es überhaupt für Niemand eine solche ist. Für Euch im Süden, als Bürger dieses gemeinsamen Vaterlandes, ist es von demselben Vortheile, die Territorien frei zu erhalten, als für uns im Norden. Die Mehrheit euerer Bevölkerung eignen keine Sklaven, und würden ganz natürlich vorziehen, wenn sie auswandern, in ein freies Land zu gehen. Der Staat, worin ich wohne, zählt Hunderte und Tausende und Zehntausende, welche von Sklavenstaaten sind. Diese Leute wollen keine Sklaverei; und wenn man es den Bürgern von Illinois morgen freistellte, ob Sklaverei eingeführt werden solle, so glaube ich, daß trotz der Tausenden von Stimmberechtigten von Maryland, Virginien, Kentucky, Tennessee, North-Carolina, Georgia, South-Carolina sich nicht eine Stimme unter zehn tausend für dieselbe erklären wird.

Herr Yulee. Der Senator hat angefangen, uns über die Stellung der Partei aufzuklären, zu der er selbst in dieser Sklavereifrage gehört. Es liegt mir sehr viel daran, genau zu wissen, auf welchen Standpunkt sich seine Partei in dieser Frage stellt.

Herr Trumbull. Wenn der Senator von Florida die Principien der republikanischen Partei, wie sie veröffentlicht sind, nicht begreifen kann, so wirft dieser Umstand ein schlechtes Licht auf ihn als ein Mann von Bildung, und ich habe wenig Hoffnung ihn eines Besseren belehren zu können. Hat denn aber der Herr Senator auch wirklich unsere Platform gelesen oder rührt sein Mißverständniß von dem Gegentheile her?

Herr Yulee. Natürlich habe ich dieselbe gelesen, aber leider nicht verstanden.

Herr Trumbull. In diesem Falle soll es mir viel Vergnügen bereiten, meinem Freund von Florida über jeden Punkt der Platform, der ihm unverständlich ist, Aufschluß zu geben.

(Hier vertagte der Senat.)

---

Dezember 8. 1859.

Herr Trumbull redete den Senat in folgenden Worten an:

Ich dachte, der Senator von Florida und überhaupt jeder Senator könnte unsere Prinzipien verstehen, wenn es ihm Ernst damit wäre. Dieselben wurden von einer dazu bevollmächtigten Versammlung der Partei veröffentlicht und zwar in Ausdrücken, die so einfach als möglich gehalten sind. Darum glaube ich, daß es bloße Entstellungen unsere Principien sind, die den Süden gegen die republikanische Partei so erbitterten. Ich will die Stellen unser Platform, die sich auf die Sklavereifrage beziehen, verlesen, um zu sehen, in wie fern der Senator von Florida oder

irgend ein anderer der Herren Ausstellungen daran zu machen hat. Ich beginne mit dem Beschlusse:

„Daß die Aufrechthaltung der Principien, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung ausgesprochen und in die Constitution einverleibt sind, als wesentlich für die Existenz unserer republikanischen Institutionen gelten muß, und daß die Constitution, so wie die Rechte der einzelnen Staaten, und ihre gegenseitige Einheit aufrecht erhalten werden sollen und müssen."

Sieht nun der Senator von Florida, daß die Constitution der Ver. Staaten, so wie die Rechte der einzelnen Staaten und die Grundsätze der Constitution aufrecht erhalten werden sollen und müssen?

Herr Yulee. Ich möchte bloß wissen, wie die republikanische Partei die Constitution auslegt.

Herr Trumbull. Ich will es Ihnen sogleich vorlesen, wie wir dieselbe hinsichtlich der Sklavereifrage auslegen.

„Wir halten es gleich unseren Vätern für eine unumstößliche Wahrheit, daß alle Menschen ein unveräußerliches Recht auf Leben, Freiheit und eine glückliche Gestaltung ihrer Verhältnisse besitzen; und daß es der Hauptzweck unserer Ver. Staaten-Regierung sein muß, dieses Recht allen ihren Bürgern gleichmäßig einzuräumen. Als unsere Väter Sklaverei in den Territorien abschafften, verordneten sie, keine Person sollte des Lebens oder der Freiheit oder des Eigenthums verlustig werden, ohne vorher gesetzlich processirt worden zu sein; diese Verordnung der Constitution halten auch wir für unsere Pflicht aufrecht zu erhalten (ungeachtet aller Uebertretungsversuche von Seite derer, die Sklaverei in die Territorien einführen wollen) durch eine ausdrückliche Gesetzgebung, welche die Existenz oder Ausdehnung der Sklaverei in den Territorien zu verbieten hat. Wir sprechen Congreß, sowie einer jeden Territorialgesetzgebung oder Privatvereine das Recht ab, Sklaverei in irgend ein Territorium einzuführen, so lange als die gegenwärtige Constitution in Kraft bleibt."

„Die Constitution ertheilt Congreß unbeschränkte Macht über die Territorien und in der Ausübung derselben ist es sowohl das Recht als die gebieterische Pflicht des Congreß, jene beiden Uebelstände von Barbarismus, Vielweiberei und Sklaverei, aus den Territorien fern zu halten."

Das ist die ganze republikanische Platform über die Sklavereifrage.

Herr Saulsbury. Wenn wirklich die Constitution dem Congreß unumschränkte Macht über die Territorien einräumen sollte, wie kommt es dann doch, daß Congreß diese seine Macht nicht gerade so gut zur Einführung, wie zur Verhütung der Sklaverei in den Territorien ausüben kann?

Herr Trumbull. Die Macht der Ver. Staatenregierung über ein Territorium ist unumschränkt, das heißt, unumschränkt innerhalb der Constitution. Die Constitution erklärt, Congreß solle kein Gesetz machen, das irgend eine spezielle Form der Religion festsetzt oder die Rede- und Preßfreiheit abschafft. Wir Republikaner nehmen nun an, daß Congreß kein Gesetz geben kann, das die Redefreiheit in irgend einem Territorium vernichtet. Congreß ist ausdrücklich verhindert, solches zu thun. Er hat unumschränkte Gewalt über die Territorien, denselben in allen den Fällen Gesetze vorzuschreiben, die ihm nach der Constitution zukommen. Aber die Constitution gibt dem Congreß kein Recht Sklaverei einzuführen. Die ganze Constitution beruht ja auf diesem Princip. Sie will keine Sklaverei einführen; sie duldet dieselbe bloß da, wo sie kraft der Gesetze einzelner Staaten existirt. Das ist der Sinn der Constitution. Sie ist eine Constitution der Freiheit, das Wort „Sklave" kommt in ihr nicht vor; ja die Männer, welche die Constitution schufen, waren der Meinung, daß im Verlaufe der Zeit es keinen Sklaven mehr in den Ver. Staaten geben sollte, und einer von ihnen wollte das Wort „Sklave" ganz ausgelassen wissen, damit künftige Geschlechter nichts davon erführen, daß Sklaverei in einigen der Staaten zur Zeit der Entstehung der Constitution existirte. Wenn Sie, meine Herren die Clausel der Constitution aufschlagen, die sich auf die Reklamirung flüchtiger Sklaven bezieht, so werden sie finden, daß es dort heißt „wenn eine Person, die in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse in einem Staate gemäß dessen Gesetzen gehalten wurde, in einen anderen Staat entweicht, so soll dieselbe nach keiner gesetzlichen Bestimmung des letzteren Staates von diesem Dienstverhältnisse entbunden, sondern ausgeliefert werden." Die Auslieferung einer zu Dienst verpflichteten Personen hat demnach in keinem anderen Gesetze, als in den von eingelnen Staaten ihren Grund. Wenn Jemand kraft der Constitution in einem solchen Dienstverhältnisse gehalten wird, und er entweicht in einen anderen Staat, so kann er nicht reklamirt werden, da die Constitution keine Verordnung bezüglich seiner Auslieferung enthält. Daraus ergibt sich, daß die Gründer der Constitution nie daran dachten, eine Person könne in einem Dienstverhältniß — sei es als Sklave oder Lehrling — auf eine andere Weise gehalten werden, als kraft der Gesetze einzelner Staaten; sonst würde ja die constitutionelle Bestimmung bezüglich Reklamation allgemein und nicht auf Personen beschränkt sein, die in einer solchen dienstbaren Eigenschaft sich befinden. Will der Senator von Delaware behaupten, daß er unter dieser Clausel der Constitution eine Person, die als Sklave gehalten ward und aus dem Staate entwichen ist, mit Hülfe der Constitution reklamiren könne? Gesetzt, Einer kommt in den Staat Delaware, der als Sklave beansprucht wird und sein Eigenthümer reklamirt ihn — würde der Senator ihn ausliefern, ohne sich überzeugt zu haben, daß er wirklich als Sklave nach den Gesetzen des Staates gehalten wurde, woher er entfloh? Wenn nicht, so kann der Senator folgerichtig auch keine Person ausliefern, die als Sklave in einem der Territorien gehalten wurde, weil dasselbe in einem Territorium nicht möglich ist, indem es daselbst kein solches Staatsgesetz geben kann. Um nicht mißverstanden zu werden, so will ich bemerken, daß ich nicht meine, wenn Sklaverei in einem der Territorien existirt, wie es mit der Uebereinstimmung des Congreß in Tennessee, Kentucky und den südwestlichen Staaten der Fall war, so lange sie Territorien bildeten, es solle ein Neger, der als Sklave daselbst gehalten wird und in einen anderen Staat entweicht, nicht reklamirt werden können. Ich halte zu keinem derartigen Grundsatz. Ich behaupte, daß Congreß absolute Macht über die Territorien hat, denselben Gesetzen vorzuschreiben, soweit die Constitution es erlaubt, sowie ferner, daß er das Recht hatte, zu bestimmen — wie er es in jener Verordnung von 1787 für das nordwestliche Territorium that, — daß Flüchtlinge, welche in genanntes Territorium von sklavenhaltenden Staaten entwichen, ausgeliefert werden sollten. Kraft der unumschränkten Macht des Congreß über die Territorien, und nicht kraft der Clausel der Constitution,

die sich auf die Auslieferung von Sklaven bezieht, welche sich von einem Staate in den anderen flüchten, kann Congreß ein Gesetz geben, wodurch eine Person, die in einem Dienst- oder Arbeitsverhältniß in einem sklavenhaltenden Territorium gehalten ist, reklamirt werden, kann, wenn dieselbe in einen Staat entflieht, und wodurch ein Sklave in einem Staate, wenn er in ein freies Territorium flüchtet, in den Staat zurückgebracht werden kann, woraus er entfloh.

An welchem Theile dieser Platform hat nun der Senator von Florida Ausstellungen zu machen. Ich weiß es wohl, an dem Theile, wodurch Sklaverei aus den Territorien ausgeschlossen wird.

Herr Yulee. Ich möchte den Senator ersuchen, seine Grundsätze durch Beispiele zu erklären.

Wir wollen den Fall annehmen, ein Territorium wird ausschließlich von Emigranten vom Süden angesiedelt und zwar sind dieselben von ihrem Sklaveneigenthum begleitet, das die Supreme-Court als ihr gesetzliches Eigenthum daselbst erklärt — durch welche Maßregel der Gesetzgebung gedenkt nun der Senator seinen Grundsätzen Wirkung zu verschaffen? Ich gehe weiter; gesetzt nach einer Reihe von Jahren hält das angeführte Territorium darum an, als Staat in die Union aufgenommen zu werden, jedoch mit der Clausel in seiner Constitution, Sklaveneigenthum zu beschützen, würde es unter solchen Umständen die Politik der Partei des Senators erfordern, ein solches Gesuch abzuweisen?

Bezüglich der Territorialfrage bitte ich mir von dem Senator eine Angabe der praktischen Maßregeln aus, wodurch seine Partei ihre Grundsätze durchzuführen hofft, sowie eine weitere Angabe des Grundes, wornach seine Partei behauptet, daß Eigenthum, welches in Sklaven besteht, von der Constitution abgeschafft sei, während sie selbst doch ein solches Recht im Distrikt von Columbia, sowie in den Forts und Arsenalen anerkannt.

Herr Trumbull. Es freut mich, daß diese Discussion auf's Tapet gekommen ist. Ich halte es nicht für Recht, böswillige Absichten den Herren auf der anderen Seite unterzulegen, sondern ich glaube, daß wirklich bei ihnen ein Mißverständniß über unsere Prinzipien obwaltet. Ich denke, wenn wir uns einander recht verstehen könnten, dann würden die goldenen Zeiten der Freundschaft zwischen Norden und Süden wiederkehren. Mißverständniß ist meiner Ansicht nach der Grund dieses ganzen Streites über die Sklavereifrage.

Der Senator hat vom „Süden" gesprochen. Der Ausdruck „Süden" sollte gar nicht angewendet werden, wenn man denselben mit dem beanspruchten Rechte in Verbindung bringt, Sklaverei auf ein Territorium ausdehnen zu dürfen. Der Süden — wie ich zeigte — besteht ja aus einer Menge von Leuten, die keine Sklaven halten; ja ihre Anzahl ist größer als die der Sklavenhalter, und dennoch erscheint es mir als eine große Anmaßung von Seiten derer, welche Sklaven eignen, sich für den Süden auszugeben. Der Census weist nach, daß ungefähr nur ein Zwanzigtel im Süden Sklavenhalter sind.

Der Senator will wissen, ob die republikanische Platform blos auf die Territorien ihre Anwendung finden soll. Sicherlich; denn die republikanische Partei hat ja in der Sklavenfrage mit Rücksicht auf die Territorien ihren Ursprung. Als man in 1854 von der Politik, wie sie bisher diese Staatsregierung verfolgte, abwich, da war es, daß sich die republikanische Partei bildete. Die republikanische Platform hat Nichts mit der Sklaverei in den Staaten der Union zu thun; und ich will hier zugleich bemerken, daß ich die Grundsätze der Partei so verstehe, wie sie in ihrer Platform niedergelegt sind. Sie ist der alleinige Ausdruck ihrer Grundsätze.

Herr Yulee. Ich wünschte eine Erklärung dieser Platform, oder überhaupt dessen, was der Senator als seine Platform ausgibt.

Herr Trumbull. Der Senator spricht von einer Auslegung dessen, was ich als die republikanische Platform ausgebe.

Gibt es denn mehr als eine? Warum spricht er nicht von „der Platform der republikanischen Partei?" Wir versuchen hier im Senate — wie ich zuversichtlich hoffe — zu einem Verständniß unter einander zu gelangen. Es ist das wenigstens mein Zweck und ich fähe es gerne, wenn man solche gehässige Ausdrücke vermiede, die blos Vorurtheile erregen.

Warum nennen die Mitglieder des Senates, sowie die Beamten des Cabinets die republikanische Partei die „schwarz" republikanische? Geschieht es in der Absicht, um ein Vorurtheil gegen dieselbe zu erzeugen? Der Senator hat jedoch diesen Ausdruck nicht gebraucht.

Herr Yulee. Ich gebrauchte deßhalb den Ausdruck „republikanisch" nicht, weil diese Bezeichnung der geweihte Name für eine Partei war, die nach meiner bescheidenen Ansicht ein weit höheres Ziel verfolgte, als die gegenwärtige sogenannte republikanische Partei, und deßhalb hat keine Partei, was auch immer ihr Zweck sein mag, das Recht, sich einen solchen Namen beizulegen. Darum sollte man auch eine Modification in der Bezeichnung der heutigen republikanischen Partei mit diesem Namen annehmen.

Herr Trumbull. Wir heißen uns deßhalb Republikaner, weil wir jeden Grundsatz der alten republikanischen Partei vertreten; und es sollte dem Senator schwer fallen, der heutigen republikanischen Partei eine Abweichung von den Prinzipien nachzuweisen, wozu sich die alte republikanische Partei zur Zeit eines Jefferson bekannte.

Ja, weil wir die Prinzipien eines Jefferson, sowie jene der republikanischen Partei von 1800 vertreten — deßhalb nennen wir uns Republikaner; und soweit ich mich kenne, werde ich dem Grundsatz dieser alten republikanischen Partei bezüglich dieser Frage folgen. Ihr Gründer ist unser Vorbild. Unsere Prinzipien sind von ihm entlehnt; ja gerade die Worte unserer Platform, die dem Senator mißfallen, sind von ihm.

Herr Yulee. Die Worte „eine freie Regierungsform zu schaffen, nicht zu zerstören?"

Herr Trumbull. Ja; das sind die Worte; und wir wollen eine solche freie Regierungsform zu erhalten suchen, indem wir seine Prinzipien zu den unsrigen machen. Wie kommt

es doch, daß ein Senator von der anderen Seite uns sagt, wir sollten uns nicht Republikaner nennen, während sie sich selbst herausnehmen, Demokraten sich zu nennen? Eine schöne Demokratie, die nichts ist als eine Aristokratie von Sklavenhaltern; wo Jeder ein Mitglied der Partei werden kann, der die Ansicht theilt, daß das Institut der Sklaverei aufrecht erhalten und ausgebreitet werden müsse—eine Institution, die unter 60 kaum einen einzigen in der Gesammtbevölkerung direkt betrifft. Und eine solche Partei maßt sich den Namen „demokratische" an und weist uns darüber zurecht, daß wir uns Republikaner nennen? Eine Partei, die das Interesse von Vierfünftel der Familien im Süden aus dem Auge verliert, um dasjenige von einem Fünftel zu fördern!

Der Senator möchte wissen, ob die Constitution der Ver. Staaten Sklaverei abschafft. Nein; obwohl die Constitution auf die Idee der Freiheit basirt ist, so schaffte sie doch nicht Sklaverei da ab, wo sie in Folge eines Staates oder Lokal-Gesetzes existirte. Sie überließ den Staaten, diesen Punkt für sich selbst zu regeln und verordnete, daß ein Sklave, der in einen anderen Staat entflöhe, wo keine Sklaverei existirte, reklamirt werden könnte; und ich möchte hier dem Senator zu verstehen geben, daß ich bei dieser Clausel der Constitution stehen bleibe. Ich erkenne das Recht an, eine Person, die fortläuft, reklamiren zu dürfen, nur denke ich, es sollte in einer geeigneten Weise geschehen, und jede Erregung von bitteren Gefühlen dabei vermieden werden.

Herr Clay. Erkennt der Senator das Recht an, einen flüchtigen Sklaven in den Territorien reklamiren zu dürfen.

Herr Trumbull. Jawohl; gemäß eines Aktes des Congreß anwendbar auf Territorrien.

Herr Clay. Aber wie kann dann der Senator den augenscheinlichen Widerspruch zwischen der Platform, woraus er uns verlas und dem Standpunkt, auf den er sich gegenwärtig stellte, ausgleichen. Jene Platform erklärt ja doch, daß weder Congreß noch irgend ein Individuum der Sklaverei innerhalb der Territorien gesetzliche Unterstützung zukommen lassen kann.

Herr Trumbull. Der Ausdruck lautet „gesetzliche Existenz." Wir nehmen an, daß das Recht, eine flüchtige Person zu reklamiren, die Existenz von Sklaverei in einem Territorium ebensowenig beweist als in einem Staate. Wir haben ausdrücklich in unserer Constitution von Illinois festgesetzt, daß Sklaverei daselbst nicht existiren solle, und dennoch will ich dem Senator von Alabama gegenüber bemerken, daß, wenn ein Sklave aus seinem Staate nach Illinois entweicht, der Eigenthümer ihn reklamiren kann; und dasselbe Recht erkenne ich auch in einem Territorium an.

Herr Clay. In der Platform der republikanischen Partei, die ich vor mir habe, ist der Ausdruck „gesetzliche Unterstützung" und nicht der „gesetzliche Existenz" gebraucht. Auch habe ich noch in keinem anderen Exemplare der erwähnten Platform, das mir zu Gesicht kam, diesen Ausdruck vorgefunden.

Herr Trumbull. Ich habe die Platform vor mir liegen, wie sie in den nördlichen Staaten curstrt, und darin heißt es „gesetzliche Existenz." Wenn dieselbe in verschiedener Ausdrucksweise veröffentlicht wurde, so wußte ich wenigstens Nichts davon.

Herr Clay. Angenommen selbst, der Ausdruck „gesetzliche Existenz" wäre der richtige, so möchte ich doch sehen, wie der Senator mit seiner Theorie, daß alle Menschen zur Freiheit gleichberechtigt seien und daß es ferner die Aufgabe der Ver. Staatenregierung sei, dieses Recht natürlich auch innerhalb der Territorien zu sichern, die Verpflichtung vereinbart, einen flüchtigen Sklaven auszuliefern.

Herr Trumbull. In jenem Theile der Platform, der sich auf eine Berechtigung Aller zur Freiheit bezieht, sehe ich blos ein großes, von der Natur bestimmtes Recht anerkannt — ein Recht, das die Unabhängigkeitserklärung in den Worten ausdrückt „daß alle Menschen gleich geschaffen und von ihrem Schöpfer" (nicht von irgend einer menschlichen Regierungsform) „mit den unveräußerlichen Rechten von Leben und Freiheit, sowie mit einer Berechtigung zum Glück begabt sind." Unsere Väter wußten gut genug, daß sich solche Prinzipien unter keiner Regierungsform verwirklichen lassen; denn jede Regierung—wie ich bereits erwähnte—greift mehr oder weniger in die naturgemäßen Rechte des Menschen ein. Was meinten unsere Väter dann eigentlich damit? Ich will es dem Herrn Senator sagen. Die Männer, die die Unabhängigkeitserklärung unterzeichneten, waren entweder selbst oder es waren ihre Vorfahren der Despotie der alten Welt entflohen. Sie hatten es gesehen, wie Männer die Regierung über Andere als ein göttliches Recht für sich in Anspruch nahmen; diesen ersteren oder Königen gegenüber hatten sie aber noch eine zweite Klasse von Männern kennen gelernt, die ihre Mitmenschen kraft eines erblichen Rechtes unter ihrer Botmäßigkeit zu halten suchten. Um nun ihren Nachkommen für alle Zeiten zu beweisen, daß sie kein solches göttliches Recht der Könige oder erbliches Rechts des Adels, ihre Mitmenschen in den Staub zu treten, anerkennen, deßhalb haben sie jenen Ausspruch in ihrer Unabhängigkeitserklärung eingezeichnet. Unseren Vorfahren war es darum zu thun, eine Regierungsform zu schaffen, die den Grundsätzen des natürlichen Rechtes so nahe als möglich komme. Wie Jefferson sagte, die vollkommenste Regierungsform würde die sein, welche der ehrlichen Arbeit die Früchte ihres Fleißes sichert und nicht weiter eingreift, als nothwendig ist, um Anarchie oder die Unterdrückung des Schwachen durch den Starken zu verhindern. Das ist der Sinn, den die republikanische Platform in den besprechenen Stellen ausdrücken will.

Herr Clay. Aber wie kann es der Senator mit der Aufrichtigkeit der Männer, welche die Unabhängigkeitserklärung und die Constitution abfaßten, in Einklang bringen, daß sie Sklaven hielten und sie in ihrem Testament unter ihre Kinder vertheilten, und weiter möchte ich von ihm wissen, ob er in die Worte der Constitution, daß sie für uns und unsern Nachkommen bestimmt sei, auch die Neger miteinschließt.

Herr Trumbull. Ich erkläre mir das, was dem Herrn Senator als ein Widerspruch erscheint, auf folgende Weise. Unsere Väter

mußten die Umstände so nehmen, wie sie waren. Dessen ungeachtet legten sie große Grundwahrheiten als ihre Prinzipien nieder. Der Senator von Alabama wird mir zugeben, daß jedes Uebel ein Unrecht ist; daß ein Eingriff in unsere natürlichen Rechte (und unsere Regierung thut solches mehr oder weniger) sich blos insoweit billigen läßt, als solches für die Existenz der menschlichen Gesellschaft nothwendig ist, und in Ermanglung irgend einer Regierungsform die Menschen in ewigem Hader leben würden; dennoch verstößt dieses nicht gegen die Wahrheit, daß wir alle mit denselben Rechten erschaffen sind.

Herr Clay. Der Senator scheint meine Frage nicht recht zu verstehen. Gemäß der Erklärung der republikanischen Platform scheint mir diese Partei den Grundsatz festzuhalten, daß der Neger gemeinschaftlich mit dem Weißen ein unveräußerliches Recht auf Freiheit hat. Die Republikaner bezeichnen die Verletzung eines solches Rechtes als Verbrechen, als Sünde gegen Gott und Menschengesetz, und als unchristlich. Sklaverei ist ein Ueberbleibsel des Barbarismus in ihren Augen; eine Zwillingsschwester der Vielweiberei.

Wie kann nun der Senator es mit der Aufrichtigkeit der Männer, welche die Unabhängigkeitserklärung und die Constitution entworfen, vereinen, daß sie zu derselben Zeit ein Verbrechen gut hießen, wo sie sich dagegen erklärten.

Herr Trumbull. Ich sage, daß ein Neger dieselben natürlichen Rechte, wie ein Weißer, besitze; sowie daß es nicht unter allen Umständen ein Verbrecher ist, einen Neger in Sklaverei zu halten.

Herr Clay. Warum bezeichnet dann des Senators Partei Sklaverei als ein Ueberbleibsel von Barbarismus und stellt sie mit Vielweiberei zusammen? Ist die letztere nicht ein Verbrechen? Und wenn Sklaverei mit Vielweiberei auf einer Stufe steht, warum sollten sie nicht die Gesetze aller Staaten als solche bestrafen?

Herr Trumbull. Wir in Illinois würden Vielweiberei so gut wie Sklaverei als ein Verbrechen bestrafen.

Herr Clay. Kommt es nach der Moral des Senators oder seiner Partei einem civilisirten, christlichen Lande zu, Verbrechen als solches zu bestrafen oder läßt sich dasselbe unter irgend welchen Umständen rechtfertigen oder mildern?

Herr Trumbull. Ich will mich nicht um den Ausdruck „Verbrechen" herumstreiten. Ich halte es für kein Verbrechen für den Süden, Sklaverei zu halten.

Herr Clay. Ist nicht Vielweiberei ein Verbrechen?

Herr Trumbull. Ja, unter Umständen, aber nicht überall. Sie ist kein Verbrechen in der Türkei. Sie gilt als solches in einem christlichen Lande. Und so betrachte ich auch die Sklaverei in den südlichen und vielen anderen Staaten nicht als etwas absolut Verbrecherisches. Ich sehe es für ein Unrecht gegen die Personen an, die in solcher Sklaverei gehalten werden; für ein Unrecht, das man sich lieber eine Zeit lang gefallen lassen, als durch ein größeres gut zu machen suchen sollte.

Herr Clay. Der Senator scheint der Ansicht zu sein, daß Recht und Unrecht blos formelle Begriffe sind; daß es blos von den Gesetzen der menschlichen Gesellschaft abhängt, ob Vielweiberei ein Verbrechen sei oder nicht.

Herr Trumbull. Nicht ganz, obwohl viele Dinge je nach den Umständen verbrecherisch sein können oder nicht. Wenn wir von Verbrechen in einer staatlichen Gemeinschaft reden, so meinen wir damit eine Verletzung der Gesetze des Landes, und da wohl keine Gesetze gegen Vielweiberei in manchen Ländern existiren, so dürfte sie in solchen Ländern als kein Verbrechen gelten.

Herr Clay. Würde es nicht unter allen Umständen ein Verbrechen sein, ohne hinreichenden Grund das Leben eines Menschen zu nehmen, und wenn so, ist Vielweiberei nicht folgerichtig ein Verbrechen? Und da die republikanische Platform Sklaverei mit Vielweiberei zusammenstellt, ist die erstere somit nicht ein Verbrechen, das unabhängig von aller Gesetzgebung als solches existirt?

Herr Trumbull. Einem Menschen ohne Grund das Leben zu nehmen, würde unzweifelhaft ein großes Unrecht und Verbrechen sein, gerade so wie eine Person ohne gegründete Ursache seiner Freiheit zu berauben. Es ist ein natürliches Unrecht, aber nicht nach meinem Urtheil in allen Fällen ein Verbrechen. In dieser Weise erkläre ich den Satz in der Unabhängigkeitserklärung, der in die republikanische Platform übergegangen ist, daß alle Menschen als gleichberechtigt geschaffen sind. Das ist die Ansicht, welche die republikanische Partei von Illinois theilt. Diese Partei schließt sich an die Grundsätze der alten republikanischen Partei an, und wie die letztere Sklaverei aus den Territorien ferne hielt, weil sie darin ein Uebel sah, so ist es auch unser Streben dasselbe zu thun. Zu diesem Zwecke bildete sich die gegenwärtige republikanische Partei, weil die Regierung von ihrer Politik abging und Sklaverei auszudehnen versuchte.

Ich konnte dem Senator von Florida nicht so vollständig erwiedern, als es in meiner Absicht lag, da der Senator von Alabama durch verschiedene Fragen meine Aufmerksamkeit von ihm abzog. Ich will es nun nachzuholen versuchen. Die republikanische Partei bildete sich hauptsächlich gegenüber der Territorialfrage; würde es jedoch zugleich als ihre Aufgabe erkennen, jede Uebertretung des Gesetzes hinsichtlich einer Erneuerung des afrikanischen Sklavenhandels zu vereiteln. Sie sucht die Ausdehnung der Sklaverei zu verhindern, und würde die Gesetze darüber gleichmäßig im Norden, wie im Süden vollziehen. Während sie auf der einen Seite dem Eigner eines Sklaven keine Schwierigkeit machen würde, den letzteren in einem freien Staate einzufangen, so würde sie auf der anderen Seite nicht dulden, daß die südlichen Staaten Neger von der Küste Afrika's einführten. Ja, wir würden die Regierung auf eine von der jetzigen ganz verschiedene Weise handhaben; hätten wir die Macht in der Hand, wir würden euere Schiffe, wenn sie mit Sklavenfracht beladen sind, geradesogut wegnehmen, sobald sie an der südlichen Küste landeten, wie man einen entlaufenen Neger in Boston festnimmt. Der Se-

nater stellte an mich die Frage, ob Sklaverei durch die Constitution abgeschafft sei? Nein. Ob die Sklaven in Tennessee und Louisiana oder im District von Columbia nach der republikanischen Platform frei wären? Nein.

Herr Pugh. Spricht der Senator in seinem Namen oder in dem seiner Partei?

Herr Trumbull. Ich spreche in meinem Namen, wie ich die republikanischen Grundsätze verstehe. Und meine Auffassungsweise ist die des Nordwestens, dessen Bevölkerung treu zu der Union und Constitution hält und in keiner Weise das rechte Maß überschreitet.

Herr Pugh. Betrachtet der Senator den Herrn Governor Chase von Ohio als einen Mann der republikanischen Partei, dessen Ansichten der Ausdruck der seiner Partei sind.

Herr Trumbull. Ich halte die Platform für den wahren Ausdruck der Grundsätze der republikanischen Partei und nicht das, was irgend ein Mann sagt. Diese Platform ist das Glaubensbekenntniß von 1,300,000 Menschen, und ob der Herr Governor Chase mit mir in der Auslegung einer jeden Clausel übereinstimmt oder nicht, ist hierbei gleichgültig. Jedenfalls existirt kein solcher Unterschied zwischen uns beiden, als zwischen dem Senator von Ohio mit seiner Volkssouveränität und der großen demokratischen Partei. (Gelächter.)

Herr Pugh. Dieser Unterschied zwischen dem Senator und seiner Partei ist es gerade, den ich ausfinden möchte.

Herr Trumbull. Er ist nicht so groß, als der andere, den ich anführte.

Herr Yulee. Der Senator wunderte sich gestern, daß ich seine Platform nicht verstehen kann.

Herr Trumbull. Sie scheint sehr einfach. Sie liebäugelt nicht mit dem Norden und Süden zu gleicher Zeit, wie die Cincinnati Platform.

Wir predigen nicht Volkssouveränität im Norden und spotten über sie im Süden.

Herr Pugh. Die republikanische Partei predigt überhaupt nicht eine solche Souveränität im Süden.

Herr Trumbull. Das ist gerade der Punkt; wir thun solches ganz und gar nicht im Süden, und doch sprechen die Männer, die uns unsere Grundsätze im Süden nicht bekannt machen lassen, von Sektionalismus. Ein Sektionalismus, so ächt und unverfälscht, daß er nicht einmal da, wo er die Macht hat, seinen Gegnern erlaubt, ihre Grundsätze auszusprechen, wagt sich der anderen Partei den Vorwurf von Sektionalismus zu machen!

Ich sage, daß Sklaverei in Tennessee und Louisiana durch die Constitution nicht abgeschafft war. Weiß denn der Senator von Florida nicht, daß Tennessee an uns abgetreten wurde, unter der Bedingung, daß der Theil der Verordnung von 1787, der Sklaverei ausschloß, keine Anwendung auf dasselbe finden sollte. Sklaverei existirte daselbst, nicht kraft der Constitution, sondern kraft eines Lokalgesetzes, das überhaupt die einzige Autorität ist, die Sklaverei einsetzen kann. Sklaverei kann gar nicht anders als kraft eines Lokalgesetzes existiren, und deßhalb kann Jemand, der einen Sklaven in einem Staate eignet, ihn nicht als solchen nach den Gesetzen seines Staates in einem Territorium halten, wo Sklaverei keinen Fuß hat. Der Senator fragt, ob Congreß sein Eigenthum wegnehmen kann. Nein. Diese Frage kann gar nicht entstehen, weil er den Mann dort nicht eignen kann.

Er begibt sich freiwillig in einen Theil der Union, wo kein Gesetz zu Gunsten der Sklaverei existirt, und sobald er dieses thut, fallen die Fesseln von seinem Sklaven ab, nicht kraft der Constitution, sondern kraft eines allgemeinen menschlichen Gesetzes, wornach eine Institution wie Sklaverei so gehässiger Natur ist, daß sie blos durch ein positives Gesetz gehalten werden kann.

Herr Yulee. Der Senator sprach von der Existenz von Sklaverei in Tennessee kraft eines Lokalgesetzes; verstand er darunter das Lokalgesetz des Territoriums oder das Lokalgesetz, das Congreß anerkannte, kraft des Vertrages mit North-Carolina?

Herr Trumbull. Ich meine das Lokalgesetz, das in jenem Territorium existirte zur Zeit seines Eintrittes in die Union und das Congreß anerkannte.

Das Lokalgesetz in Tennessee, das Sklaverei daselbst autorisirte, rührte nicht von dem Congreß her, sondern es war bereits vorhanden, ehe Congreß irgend eine Macht über das Territorium hatte. Der Sklavenhalter besaß ein Eigenthumsrecht über seine Sklaven in dem Territorium, ehe daßelbe zu den Ver. Staaten überhaupt gehörte.

Der Senator wünscht nun zu wissen, ob Congreß solches Eigenthum wegnehmen kann. Nein; er kann es nicht, weil es Eigenthum ist; jedoch wenn in ein Territorium, wo keine Gesetze zu Gunsten der Sklaverei existiren, ausschließlich Leute vom Süden — um das Beispiel des Senators anzunehmen — mit ihren Sklaven einwandern sollten, so gibt den ersteren kein Gesetz ein Recht, Eigenthum in der Form von Sklaven zu halten, und folglich kann von einer Beschlagnahme des Eigenthums keine Rede sein.

Herr Yulee. Gesetzt man gibt ein solches Gesetz.

Herr Trumbull. Das kann man nicht. Das ist gerade, was die republikanische Partei behauptet, daß nämlich die Bevölkerung eines Territoriums, so lange sie in einem solchen Territorialzustande sich befindet, kein solches Gesetz geben kann. Die republikanische Partei sagt, daß man Sklaverei nicht in die Territorien ausbreiten kann. Es kann Sklaverei in einem Lande existiren, welches nicht zur Union gehört; die Union kann dieses Land in seinen Staatenbund aufnehmen und Sklaverei nicht abschaffen, weil das Recht, Sklaven zu halten, vor der Aufnahme jenes Landes in die Union existirte; aber daraus folgt nimmermehr, daß, wenn ein Land als frei von Sklaverei in die Union eintrat, man später Eigenthum in Sklaven darin halten kann.

Der Senator will wissen, ob es der Grundsatz der republikanischen Partei ist, einen Staat, der Sklaverei duldet, deßwegen sein Aufnahmsgesuch in die Union abzuschlagen. Ist irgend so etwas in der republikanischen Platform enthalten, das diesem gleich steht. Gerade so gut kann man mich fragen, ob es ein republikanisches

Prinzip ist, einem Staate sein Aufnahmegesuch deßhalb zu verweigern, weil seine Constitution seinen Bürgern das Recht ertheilt, ihren eigenen Governor zu erwählen. Es ist nimmermehr unser Grundsatz, einen Staat mit seinem Eintritts-Gesuche in die Union abzuweisen, weil in ihm Sklaverei existirt. Man sehe in unsere Platform, ob man so etwas darin finden kann. Warum wirft man dann eine Frage auf, die auf einer Hypothese ruht, welche keinen Grund in der Platform der Partei hat?

Was meine persönliche Ansicht über diesen Punkt betrifft, so erklärte ich dieselbe gleich in der ersten Session meiner Thätigkeit im Congreß. Ich bemerkte, daß es für mich nicht als absolutes Prinzip gelte, einen Staat aus der Union wegzuhalten, weil er ein Sklavenstaat sei. Es würde mir das Gesuch eines derartigen Staates nicht gerade willkommen sein; jedoch ihm unter allen Umständen den Eintritt zu verweigern, das habe ich nimmer zu einem Satz meines politischen Glaubens gemacht. Man kann der republikanischen Partei nicht den Vorwurf machen, daß sie einen Staat, der Sklaverei hat, der Union nicht beitreten lassen wolle. Die alte republikanische Partei, deren Grundsätze die unserigen sind, verweigerten Sklavenstaaten den Eintritt nicht, obgleich sie der Ausdehnung der Sklaverei in allen solchen Territorien gesetzlich entgegentraten, welche sich nicht bei ihrem Eintritt das Recht der Sklaverei vorbehalten hatten. Und wenn wir ebenso handeln würden, so bin ich gewiß, daß wir nie mit dem Aufnahmsgesuche eines Sklavenstaates geplagt sein werden.

Der Senator spricht von einer Entscheidung der Supreme-Court, zufolge deren Sklaven in einem Territorium gesetzlich gehalten werden können. Die Supreme-Court hat keine solche Entscheidung gegeben. Sie hat kein Recht politische Grundsätze niederzulegen. Sie kann einen einzelnen Fall, der vor sie kommt, entscheiden — das ist Alles. Die Court entschied, daß Dred Scott kein Recht habe, einen Prozeß in den Gerichtshöfen der Ver. Staaten anhängig zu machen, und weiter Nichts. Diese Entscheidung ist blos Norm gebend in diesem besonderen Fall; aber wo die Richter sich heraus nahmen, politische Prinzipien für die Ver. Staatenregierung festzustellen, überschritten sie sicherlich ihre Befugnisse und der Ausdruck ihrer Ansichten über politische Fragen hat für mich keinen höheren Werth als den irgend einer Privatperson. Ehe der gegenwärtige Chief Justice (Oberrichter) das Präsidium führte, kam die Frage vor die Court, ob die Territorien das Recht der Gesetzgebung hätten. Der fähigste Anwalt, den jemals diese Court besaß, und dazu selbst ein Mann von Süden, entschied — und die Court war einstimmig in ihrem Urtheil,— daß hinsichtlich der Gesetzgebung in Territorien Congreß mit der Macht einer allgemeinen Bundesregierung auch die einer Staatenregierung vereine. Wie nun die Regierung eines Staates Sklaverei verbieten kann, so kann dasselbe auch Congreß in einem Territorium thun — und wo bleibt dann der Respect vor den Entscheidungen der Supreme Court, wenn man die letzt erwähnte angreift? Vor 60 Jahren waren diese Grundsätze bezüglich der Macht des Congreß über die Territorien, wie sie in jener Entscheidung ausgedrückt sind, von allen Parteien anerkannt. Warum hat man dieselben jetzt angegriffen und diese erbitternde Frage auf's Tapet gebracht? Ich stelle in Abrede, daß jemals eine solche Entscheidung gegeben wurde, als ob Sklaverei in einem Territorium existire oder als ob der Eigner eines Sklaven ein Recht habe, ihn als Sklaven in einem Territorium zu halten.

Herr Yulee. Gesetzt die Einwohner eines Territoriums wollen Sklaverei und geben Gesetze zu diesem Zwecke, und auch die Gerichtshöfe sind damit einverstanden, würde es die Pflicht der republikanischen Partei sein, Gesetze zu erlassen, wornach Sklaverei ausgeschlossen ist?

Herr Trumbull. Nach meiner Ansicht sollte sie dieselbe ausschließen, wie es in dem Falle von Indiana und Illinois geschah, wo den Territorien die Einführung der Sklaverei abgeschlagen ward, als sie den Congreß darum angingen.

Wenn die Supreme-Court eine Entscheidung geben sollte, die in so vollständiger Disharmonie mit den vorhandenen Entscheidungen der Gerichtshöfe in den südlichen Staaten und mit den früheren der Supreme-Court selbst wäre, wornach eine Person das Recht hätte, eine andere Kraft der Bestimmung der Einwohner eines Territoriums und gegen die Verordnung des Congreß als Sklaven zu halten, so würde ich mich in diesem besonderen Falle in die Entscheidung der Court fügen. Wenn A eine Klage wegen Beraubung seiner Freiheit einbrächte und die Court entschiede, daß er dazu nicht berechtigt wäre, so würde ich deßhalb keine Revolution hervorrufen, sondern ich würde diese Entscheidung blos in diesem besonderen Falle gelten lassen, und würde sie schon morgen in einem ähnlichen Falle bestreiten und zwar so lange, bis eine Umgestaltung der Court einträte und ein Mann an die Spitze gestellt würde, der die Gesetze nach dem Sinn unserer Väter handhabte.

Herr Yulee. Ich verlange nicht die Ansicht des Senators, sondern eine Erklärung der Platform.

Herr Trumbull. Das ist unsere Platform. Sie stellt ein solches Recht in Abrede. Der angenommene Fall des Senators ist nimmermehr möglich. Wir sagen, daß kein Gerichtshof eine solche Entscheidung jemals geben kann, und sollte er es dennoch thun, dann haben wir noch andere gesetzliche Mittel in der Hand, nämlich das Volk selbst und seine Wahlinstitution; wir werden uns von den Richtern an die große Masse des Volkes wenden, das Richter und Präsidenten zugleich macht.

Herr Yulee. Würde die republikanische Partei Gesetze erlassen, um Sklaverei auszuschließen?

Herr Trumbull. Ja; und die Entscheidung eines einzigen Falles würde Sklaverei in einem Territorium eben so wenig einführen, als die Entscheidung hinsichtlich Dred Scott, wornach der letztere keine Klage in den Gerichtshöfen der Ver. Staaten anhängig machen konnte, die Thatsache feststellte, daß Congreß keine Gesetze geben könne, um Sklaverei aus den Territorien ferne zu halten—eine Entscheidung, welche kaum ein Justice of the peace im Staate Illinois gegeben haben würde. Wenn Jemand vor einem

unserer Justices (Friedens-Richter) erschienen wäre mit einer Klage, die seine Amtsbefugniß überschritten hätte, und der Justice im Bewußtsein dieser Thatsache hätte dennoch den Fall genau untersucht und gesagt, wie er ihn entschieden haben würde, falls er die Befugniß dazu hätte, so würde Jedermann über eine solche Thorheit gelacht haben. Ganz so hat die Supreme Court im Dred Scott Fall gehandelt. Die Idee, daß letztere Court politische Prinzipien festsetzen kann, ist ein neuer Artikel im demokratischen Glaubensbekenntniß. Das war nicht die frühere Ansicht des gegenwärtigen höchsten Beamten des Landes. Noch war es die von Thomas Jefferson. Er betrachtete die Supreme-Court als eine Klasse von Leuten, die so lange ihr Untergrabungswerk der Constitution fortsetzen, bis die letztere am Ende zusammenfiele. Im Distrikt von Columbia hat die Constitution der Ver. Staaten Sklaverei nicht abgeschafft, weil sie daselbst kraft eines Lokalgesetzes existirte, als die Ver. Staaten die Gerichtsbarkeit über den Distrikt bekamen.

Ich habe im Vorhergehenden versucht, zu zeigen, was der eigentliche Inhalt der republikanischen Platform ist, und möchte nun die Herren Senatoren des Südens fragen, weßhalb sie so hartnäckig auf einer Mißdeutung unserer Grundsätze bestehen. Warum heißt man uns in den südlichen Staaten Abolitionisten? Wollen denn die Senatoren ihre Wähler veranlassen, ungünstiger von uns zu denken, als wir es verdienen? Was kommt dabei heraus? Ist es ein Gewinn für den Süden, seinen Einwohnern und allenfalls auch den Sklaven den Glauben beizubringen, die republikanische Partei gehe damit um, den Sklaven Messer und Pistolen in die Hand zu geben, um ihr Herren zu ermorden? Fühlt sich der Süden dadurch sicherer? Oder ist dadurch eine geringere Wahrscheinlichkeit zu einem Aufstande vorhanden, wenn man das Gerücht unter der gesammten Sklavenbevölkerung verbreitet, daß die große Masse des Volkes im Norden bereit ist, die Sklaven zu bewaffnen, um ihre Herren niederzumachen? Warum behandelt uns der Süden nicht als Brüder? Warum nimmt er unsere Platform nicht so wie sie ist. Wenn wir sagen, alle Menschen sind gleichberechtigt erschaffen, so verstehen wir darunter nicht, daß jeder Mann in einer gegliederten menschlichen Gesellschaft dieselben Rechte hat. Wir dulden so etwas nicht in Illinois. Ich weiß, es ist ein Unterschied zwischen den beiden Racen, den Gott selbst auf ihr Gesicht gezeichnet hat; und meiner Ansicht nach kann weder durch Gesetzgebung noch irgend wie sonst eine Gleichheit zwischen ihnen hervorgerufen werden, wornach beide glücklich mit einander zusammenleben können.

Ich war stets ein Demokrat und nun heißt man mich einen Schwarzrepublikaner, einen Abolitionisten; denn einige Governor des Südens belieben uns Alle Abolitionisten zu tituliren. Ich habe keine meiner Ansichten über Sklaverei geändert seit der Zeit, wo ich mit der alten demokratischen Partei ging. Ich bin ihr gegenwärtig nicht mehr abhold, als ich es dazumal war. Ich habe in ihrer Mitte gelebt und würde so wenig, als nur irgend ein Senator, in diese Institution eingreifen, in welchen Staaten sie auch immer existiren mag.

Ich fragte, was die Herren darunter verständen, wenn sie von der Ungleichheit der Rechte zwischen dem Norden und Süden sprächen, und was sie mit den Angriffen des Nordens auf den Süden meinten, und wenn und wo solche gemacht wurden. Anstatt daß der Senator von Süd-Carolina unsere Platform als den Ausdruck unserer Prinzipien nahm, wies er darauf hin, was eine einzelne Person der republikanischen Partei gesagt hatte.

Wie stimmt dieses aber mit dem Billigkeitsgefühl des geschätzten Senators zusammen, einer ganzen Partei, die ihre Grundsätze in öffentlichen Versammlungen erklärte, das zuzuschreiben, was einer ihrer Mitglieder als seine persönliche Meinung ausgesprochen hat?

Die republikanische Partei hat nie solche Prinzipien für die ihrigen ausgegeben, wie sie ihr der Senator unterschiebt. Will er sich selbst oder die Bevölkerung des Südens betrügen?

Herr Chesnut. Es ist nicht meine Art, mir meine Ansichten über eine Partei nach den Aeußerungen eines einzelnen Mitgliedes derselben zu bilden; aber, wenn ich die ganze Partei nach den Grundsätzen dieses Einzelnen im Allgemeinen handeln sehe; wenn ich finde, daß dieselbe ihn als ihr Haupt anerkennt und seine wohlerwogenen und gründlich ausgearbeiteten Ansichten, die bereits einen solchen bedeutenden Einfluß auf das ganze Land geäußert, nie in Zweifel zieht, sondern sie als die ihrigen annimmt — so denke ich, daß ich wohl berechtigt war, meine Bemerkungen über die Zwecke und Prinzipien der republikanischen Partei auf die Rede ihres Hauptvertreters zu stützen.

Herr Trumbull. Die republikanische Partei erkennt keinen Mann als ihr Oberhaupt an. So sehr ich auch den Senator von New-York schätze, so kann ich ihn doch nicht als Führer anerkennen und halte mich nicht für die Ansichten verantwortlich, die er äußert. Ob die Ansichten des Senators von New-York richtig oder unrichtig sind, darum handelt es sich nicht; wenn sie von den Grundsätzen der Partei, wie dieselben in ihrer dazu bevollmächtigten Versammlung niedergelegt sind, abweichen, so sind sie eben nicht die der Partei.

Herr Chesnut. Verwirft der Senator von Illinois die Ansichten des Senators von New-York?

Herr Trumbull. Ich erkläre mich gegen die Deutung, die man diesen Ansichten gibt. Ist es recht von dem Senator von Süd-Carolina, der hier an dieser Stätte für die Belehrung des Senators und des ganzen Landes spricht, dem Senator von New-York solche Ansichten wie diese unterzuschieben: „Wir (der Norden) wollen Euch unterjochen, gebt uns die Zügel der Gewalt und ihr müßt zu unseren Füßen liegen."

Herr Chesnut. Ich habe keine solche Stelle als die Worte des Senators von New-York angeführt. Ich wies auf eine Rede des genannten Senators hin, worin er dieses als Resultat dieses „ununterdrückbaren Conflictes" hervorhebt, daß die Weizen- und Kornfelder von New-York und Massachusetts schließlich durch Sklavenarbeit bebaut werden würden, und daß die Reis- und Zuckerplantagen des Südens durch freie Arbeit bestellt werden müßten.

Herr Trumbull. Ist es billig von dem Senator, den einen Theil der Rede anzuführen und den anderen auszulassen, der lautet:

„Während ich zuversichtlich hoffe, daß mein Vaterland ein Land allgemeiner Freiheit noch werden wird, so erwarte ich doch, daß dieß auf keinem anderen Wege geschehe, als dadurch, daß die einzelnen Staaten in Einklang mit der allgemeinen Staatenregierung und ihren betreffenden Constitutionen handeln werden."

Herr Chesnut. Es ist wahr, es findet sich diese Stelle in jener Rede. Ich führte von einer anderen Rede einen Theil an, der, wie ich dachte, zum Verständniß der jüngsten Ereignisse wesentlich beitrage; aber von der Rede, auf die sich der Senator von Illinois gegenwärtig bezieht, lob ich ausdrücklich die eine Stelle hervor, um zu zeigen, was die republikanische Partei im Schilde führe. Es kümmert mich nicht, wie diese Partei ihren Zweck zu erreichen sucht. Es ist der Zweck allein, dessen Verwirklichung wir uns entgegenstellen.

Herr Trumbull. Das ist gerade die Rede, worin sich der Ausdruck „ununterdrückbarer Conflict" findet. Wenn der Senator zufrieden ist, einen Theil der Rede anzuführen, dem er einen Sinn unterlegt, welcher in Disharmonie mit einem anderen Theile ist, den er auslassen hat, worin der Senator von New-York ausdrücklich bemerkt, daß er hofft, dieses Land werde auf keine andere Weise frei werden, als durch eine konstitutionelle Handlungsweise der Staaten, so mag er es thun. Ich dächte aber, daß man es dem Senator von New-York, der gegenwärtig abwesend ist, schuldig wäre, beide Stellen mit einander zugleich zu erwähnen; insbesondere weil der Senator von Süd-Carolina Schlüsse daraus zog, die ihn veranlaßten, von einer Unterjochung des Südens zu sprechen, als ob dieß eine logische Folgerung aus den Bemerkungen wäre die er anführte und welcher Mißdeutung der Senator selbst an einer Stelle in derselben Rede Gelegenheit nahm zuvorzukommen.

Der Senator von Süd-Carolina sagt, wenn Congreß unumschränkte Macht hat und Sklaverei von einem Territorium ausschließen kann, warum kann er sie nicht auch einführen? Ich möchte seine Fragen mit einer anderen von meiner Seite beantworten. Congreß kann die Einführung einer Monarchie in einem Territorium verhindern; kann er deßhalb selbst eine solche gründen? Er kann den Mord verbieten; kann er ihn aber deßhalb zum Gesetze erheben? Daraus, daß Congreß die Macht hat, eine Sache zu verbieten, folgt nimmermehr sein Recht, dieselbe einzuführen.

Die Ansichten des Senators von New-York, welche so vielfache Besprechung bereits gefunden, sind nicht neu. Er ist nicht der erste, der auf einen Kampf zwischen Recht und Unrecht, zwischen Gut und Uebel hinwies; noch ist er der erste, der in die Zeit vorausgesehen hat, wo alle Staaten frei sein werden. Ich will eine Stelle aus einem Briefe Washington's an Lafayette in 1798 verlesen, worin es heißt:

„Ich theile vollkommen ihre Ansichten bezüglich der Negersklaverei. Es erschien mir längst als ein Uebel der ernstesten Art und ich würde mit Freuden die Entdeckung eines Mittels begrüßen, wodurch unsere Staaten von einer solchen Last befreit werden könnten.

„Der Congreß von 1787 gab eine Verordnung, welche die Existenz von unfreiwilliger Dienstbarkeit in unserem Nordwestlichen Territorium für immer verbietet. Ich halte sie für eine weise Maßregel. Sie fand den Beifall fast eines jeden Mitgliedes der Staaten, welche ein mehr unmittelbares Interesse in Sklavenarbeit haben. Die vorherrschende Meinung Virginien's ist gegen die Ausdehnung der Sklaverei in die Territorien und ich hoffe, daß wir mit der Zeit einen Bund von freien Staaten bekommen werden."

Was ist das anderes als die Erklärung des Senators von New-York? Wurden diese Ansichten als heretisch betrachtet in 1798? Sprach Washington einen Grundsatz aus, wornach er den Süden erniedrigen und seine Rechte mit Füßen treten wollte? Ja, dieser Grundsatz fand sogar die Billigung des Südens; die vorwiegende Ansicht in Virginien erklärte sich damals gegen die Ausbreitung von Sklaverei in neue Territorien und das ist die Ansicht der Bevölkerung von Illinois gegenwärtig.

Der Gründer der republikanischen Partei spricht sich über diesen Gegenstand so aus:

„Stößt man die Moral des Volkes um, so zerstört damit zugleich seine Industrie; denn in einem warmen Klima arbeitet kein Mann für sich, wenn er einen anderen zwingen kann, seine Arbeit für ihn zu thun. Deßhalb findet man unter den Eigenthümern von Sklaven eine so geringe Anzahl, die je arbeiten. Und kann man die Freiheit einer Nation für gesichert halten, wenn man die einzige feste Grundlage darunter wegzieht; ich meine die Ueberzeugung, daß diese Freiheit eine Gabe Gottes ist, deren Mißbrauch seinen Fluch zur Folge hat. Wahrlich, ich zittere für mein Vaterland, wenn ich bedenke, daß Gott gerecht ist und seine Gerechtigkeit nicht immer ruhen kann; daß ein Umschwung des Schicksalsrades unter die möglichen Ereignisse gehört, welche durch übernatürlichen Einfluß zur Wirklichkeit werden können. Und in einem solchen Falle gibt es für uns keine Eigenschaft des Allmächtigen, in Folge deren wir ihn um Schonung anflehen können."

Das sind die Worte von Thomas Jefferson, des großen Apostels von Menschenfreiheit. Ich will eine andere Stelle von ihm anführen. In 1821 wurden mehrere Bills der Legislatur Virginien's bezüglich der Sklavenemanzipation vorgelegt. Bei dieser Gelegenheit äußerte er sich also:

„Man nahm die Prinzipien des Amendments an, wornach alle, welche von einem bestimmten Tage an geboren sind, frei und in geeignetem Alter deportirt werden sollten. Jedoch die öffentliche Meinung war gegen eine solche Annahme. Sie muß sich aber dessen, ungeachtet in einer nicht sehr fernen Zeit damit aussöhnen oder schlimmere Folgen dürften daraus entstehen. Nichts ist mit mehr kenntlichen Zügen im Buche des Schicksals verzeichnet, als daß die schwarze Bevölkerung frei werden solle."

Eine weitere Stelle lautet:

„Natur, Gewohnheit, Denkungsweise haben eine solche unverrückliche Scheidungslinie zwischen den beiden Racen gezogen, daß sie nicht als gleichberechtigt unter derselben Regierung leben können. Wenn wir daher den Gang der Emancipation und Deportation friedlich durchführen, so wird dieses Uebel langsam und unbemerkt verschwinden und die Lücke durch freie Arbeiter allmählich ersetzt werden. Warten wir aber, bis sich der Uebelstand von selbst eine Bahn zu seiner Beseitigung bricht, dann muß die menschliche Natur vor den Folgen schaudern, die sich daraus ergeben können."

Hat sich damals eine solche Stimmung geltend gemacht, wie es gegenwärtig der Fall ist, daß nämlich der Süden die Union auflösen sollte wegen der Aeußerung solcher Ansichten? Und noch dazu hat sich der Senator von New-York die Mühe genommen, einer Schlußfolgerung zuvorzukommen, als ob er andere als gesetzliche Mittel in Anwendung gebracht wissen wolle, um die Staaten — in der Zukunft einmal — von der Institution der Sklaverei zu befreien.

Man wird aus dem Vorhergehenden ersehen, daß die Ansicht des Senators von New-York nicht neu ist, daß sie ihm nicht eigenthümlich angehört. Sie hatte vor Jahren ihren Ursprung

in Virginien, und ich hoffe nur, daß eine Idee, wie sie Jefferson andeutete, wenn auch nicht jetzt, doch später der Grundsatz der republikanischen Partei werden möge — ich meine die freiwillige Exportation der freien Negerbevölkerung nach einem anderen Lande.

Ich hege das Vertrauen, die republikanische Partei wird es zu ihrem Prinzip erheben, daß die Regierung einen Theil eines Landes, das nicht so weit abliegt, der freien Negerbevölkerung zum Wohnsitze anweisen müsse. Ich fürchte die Folgen, welche Jefferson in so beredter Sprache prophezeite, wenn man dieses versäumt. Die Negerbevölkerung nimmt reißend zu. Ich glaube, daß zwei so verschiedene Racen nicht friedlich bei einander wohnen können, ohne daß die eine die Herrschaft über die andere führt. Die freie Negerbevölkerung unseres Landes ist in gegenwärtiger Zeit ein großes Uebel. Ich halte es im Interesse der schwarzen Bevölkerung selbst gelegen, nach einem Lande zu gehen, wo es keine Race gibt, die über ihr steht und ihr gebietet, sondern wo sie sich frei entwickeln kann, und ich sehe es als die Aufgabe unserer Regierung an, die Mittel, die ihr geboten sind, zu benutzen, um unser Land von jenem Theile der schwarzen Bevölkerung zu säubern, der Willens ist fortzugehen. Tausende von Sklavenhaltern würden gerne ihre Sklaven freigeben, wäre für die letzteren, wenn sie frei sind, irgend eine Vorkehrung getroffen; aber in den meisten Sklavenstaaten gestatten die Gesetze nur unter der Bedingung eine Emanzipation, daß der freigegebene Sklave den Staat verläßt. Wohin soll er nun gehen? Der Norden will ihn so wenig als der Süden.

Die Folge davon ist, daß Emanzipation fast ganz aufgehört hat. Wenn wir aber ein angrenzendes Land der freien schwarzen Bevölkerung zur Verfügung stellen könnten, und unsere Regierung ihr so lange ihren Schutz angedeihen ließe, bis sie zahlreich genug wäre, um sich selbst zu beschützen und eine eigene Regierung zu gründen, so dürften wir wohl im Laufe der Zeit, nicht in meinen Tagen, vielleicht auch nicht in denen der nächsten Generation, aber sicherlich, wenn auch in ferner Zukunft, der schwarzen Bevölkerung los werden und somit die Folgen verhüten, deren Möglichkeit uns mit Schauder erfüllt. Ich vermag meine Ansichten über diesen Punkt nicht besser auszudrücken, als dadurch, daß ich einzelne Stellen aus der Rede von Henry Clay anführe, welche er vor der amerikanischen Ansiedelungsgesellschaft gehalten hat. Die erste lautet:

„Man macht uns den Vorwurf, als ob wir durch Anregung der Ansiedlungsfrage bloß Unheil stifteten. Die Gesellschaft beglbt sich in keinen Haushalt, um seine Ruhe zu zerstören; sie wendet sich an keine Sklaven, um deren Gehorsam gegen ihre Herren zu untergraben; sie sucht dem Eigenthum keines Mannes Schaden zu thun. Im Gegentheil die Ausführung ihres Planes würde den Werth des Eigenthums, anstatt zu vermindern, lediglich erhöhen. Die Gesellschaft, wie sie selbst bloß aus freien Männern besteht, beschäftigt sich auch nur mit dem Interessen solcher freier Männer. Alle sonstige Folgerungen, die man aus ihren Bestrebungen ziehen dürfte, weist sie mit Entschiedenheit zurück. Hat nicht diese Gesellschaft den großen moralischen Umschwung zu Wege gebracht, wie ihn unsere Zeit aufzuweisen hat. Was würden sie, welche uns einen solchen Vorwurf machen, gethan haben?"

Ich frage nun den Senator von Süd-Carolina, dem die Idee einer schließlichen Emanzipation ein so großer Stein des Anstoßes ist, wie seine Ansichten zu den eben angeführten passen.

Eine andere Stelle ist die folgende:

„Wenn man alle Freiheits- und Emanzipationsbestrebungen unterdrücken will, so muß man sich nicht bloß darauf beschränken, die Wirksamkeit dieser Gesellschaft zu vernichten. Man muß zu der Zeit zurückgehen, wo unsere Freiheit und Unabhängigkeit entstand, und die Mündung der Kanonen verschießen, welche fährlich ihren Freudendonner über die Welt ertönen lassen. Man muß den Sklavenhandel mit allen seinen Scheußlichkeiten wieder erneuern."

Ja, meine Herren, erneuern sie den Sklavenhandel, wie man gegenwärtig bereits damit umgeht!

Ich führe eine weitere Stelle an:

„Man muß die Thätigkeit des britischen Philanthropismus hemmen, welcher die Lage der unglücklichen Sklaven in Westindien zu verbessern strebt. Man muß den Versuchen in Süd-Amerika entgegentreten, die dortige Befreiung von Knechtschaft beabsichtigen. Man muß alle geistige Aufklärung unterdrücken, man muß jene am hellsten flammende Fackel auslöschen, welche Amerika der umnachteten Welt entgegenhält, und wo mit dieses Land den Nationen den Weg zur Freiheit, zum Rechte und zum Glücke zeigt. Und selbst dann ist das Werk nur unvollständig. Man muß in die Menschenbrust eindringen und die Vernunft, sowie die Liebe zur Freiheit daraus reißen. Bloß auf diesem Wege kann sich Sklaverei eine Fortdauer versprechen. Man muß jede Sympathie, jedes menschliches Gefühl in dem Herzen von freien Männern erlöschen, das sich zum Besten des unglücklichen Theiles unserer Menschenrace gel end machen könnte, welcher zur Sklaverei verdammt ist."

So drückt sich Henry Clay bezüglich der Ansiedlung der freien Schwarzen in Afrika aus. Es scheint jedoch unthunlich, diese große Bevölkerung nach Afrika hinüberzuschaffen. Ein Land, nicht so weit entfernt, würde zweckdienlicher sein; und als Beweis der Sympathie des Nordens gegenüber dem Süden darf ich wohl — und ich bin es wenigstens von der Seite der Bevölkerung gewiß, die ich vertrete — unbedingt hier aussprechen, daß wir reichlich dazu beitragen würden, das Land von der freien Negerbevölkerung zu erlösen, indem wir sie in irgend ein angrenzendes Land versetzten und dort für sich selbst gewähren ließen. Ich wünsche, dieß möge die Politik der republikanischen Partei werden. Ja ich hoffe, daß der Norden und Süden mit einander Hand in Hand gehen, und daß wir anstatt uns gegenseitig mit Vorwürfen zu überhäufen oder uns Aeußerungen zu erlauben, welche nothwendig Mißhelligkeiten zwischen der einzelnen Theilen der Union hervorrufen müssen, uns hier versammeln möchten in demselben Geiste, wie es einst unsere Väter thaten in ihrem Kampfe für Unabhängigkeit; ja es ist mein sehnlicher Wunsch, daß wir wie Brüder zusammenhalten und eine Politik annehmen, welche, wenn sie auch nicht das Land von dem Elemente, das seinen Frieden zu zerstören droht, ganz und gar befreien kann, doch wenigstens sein Umsichgreifen verhindert und zugleich die Mittel an die Hand gibt, uns eine große freie Negerbevölkerung vom Halse zu schaffen. Nur auf solchem Wege können wir den Grund zu einer ununterbrochenen und dauernden Wohlfahrt des Landes legen.

# PRESIDENTIAL CAMPAIGN OF 1860.

## REPUBLICAN EXECUTIVE CONGRESSIONAL COMMITTEE.

*Senate.*

HON. PRESTON KING, N. Y., *Chairman.*
" J. W. GRIMES, IOWA.
" L. F. S. FOSTER, CONN.

*House of Representatives.*

" E. B. WASHBURNE, ILLINOIS.

*House of Representatives.*

HON. JOHN COVODE, PENN., *Treasurer.*
" E. G. SPAULDING, N. Y.
" J. B. ALLEY, MASS.
" DAVID KILGORE, INDIANA.
" J. L. N. STRATTON, N. J.

GEORGE HARRINGTON, *Secretary.*

During the Presidential Campaign, Speeches and Documents will be supplied at the following reduced prices:

| | |
|---|---|
| Eight pages, per hundred, | $0.50 |
| Sixteen " " | 1.00 |
| Twenty-four " | 1.50 |

Address either of the above Committee.

71209.084.09738